№ 104. Freitag 7. Mai. 1909.

# Der sächsische Erzähler,

## Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwochs und Sonnabends erscheinenden „Belletristischen Beilage" bei Abholung vierteljährlich 1 ℳ 50 ₰, bei Zustellung ins Haus 1 ℳ 70 ₰, bei allen Postanstalten 1 ℳ 50 ₰ exklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 ₰. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Fernsprechstelle Nr. 22. Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr. Dreiundsechzigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 ₰, die Reklamezeile 30 ₰. Geringster Inseratenbetrag 40 ₰. Für Rückerstattung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Um ein pünktliches Erscheinen des **„Sächsischen Erzählers"** zu ermöglichen, ersuchen wir geehrte Inserenten, des bevorstehenden **Jahrmarktes** wegen **größere Inserate am Abend vor dem Erscheinungstage, kleinere Inserate** aber am Erscheinungstage **bis vormittags 10 Uhr** aufzugeben.

Die Geschäftsstelle des „Sächsischen Erzählers".

**Letzte Brennholz-Versteigerung im Bischofswerdaer Stadtwalde pro 1909.**

**Donnerstag, den 13. Mai cr., von vormittags ½9 Uhr** kommen die auf dem Holzschlage in Abteilung 7, sowie im einzelnen in den Abteilungen Nr. 18 bis mit 21 des **Höllenreviers** aufbereiteten Brennholz-Sortimente, als:

**12 rm kieferne Brennscheite,**
**3,5 „ eichene und birkene Brennknüppel,**
**65 rm kieferne Brennknüppel,**
**90 „ kieferne Stöcke** und
**31 Wellenhunderte kiefernes und fichtenes Brennreisig**

unter den vorher bekanntgegebenen Bedingungen an Ort und Stelle zur öffentlichen Versteigerung.

Interessenten wollen sich zur gedachten Zeit auf dem Holzschlage in Abteilung 7 am Belmsdorfer Wege einfinden.

Bischofswerda, am 6. Mai 1909.

**Der Stadtrat.**

## Die Wirren in Persien.

Seit etwa einem Jahre schon steht Persien im blutigen Zeichen innerer Unruhen, welche dies von der Natur so reich gesegnete Land völlig zu zerrütten drohen, wenn sie nicht endlich auf irgendwelche Weise zum Abschlusse gebracht werden. Sie wurzeln in dem Umstande, daß der jetzige Schah seine bei seinem Regierungsantritte gemachten Versprechungen eines liberalen und zeitgemäßen Regimes nicht gehalten hat, sondern nach kurzem Schillern in Reformfreundlichkeit immer wieder in die despotischen und reaktionären Allüren seines Vorgängers auf dem Throne des „Königs der Könige" zurückgefallen ist, was schließlich die freiheitlich gesinnten und den Fortschritten der modernen Kultur huldigenden Elemente der persischen Bevölkerung veranlaßt hat, mit bewaffneter Hand die Wiederherstellung der wiederholt vom Schah gegebenen und immer wieder zurückgezogenen Verfassung und andere neuzeitliche politische Verheißungen zu erzwingen zu suchen. Hieraus haben sich nun die schon viele Monate dauernden revolutionären Wirren im Lande entwickelt, bei denen sich das Waffenglück bald auf die Seite der Rebellen, bald auf jene der Regierungstruppen neigte, ohne daß doch bis jetzt endlich eine definitive Entscheidung zugunsten der einen oder der anderen Partei gefallen wäre. Den Mittel- und Ausgangspunkt der gesamten revolutionären Bewegung aber bildet die nordpersische, unweit der russischen Grenze gelegene Provinzialhauptstadt Täbris; in der Stadt selbst wie in der Umgebung haben schon zahlreiche blutige Kämpfe zwischen den Nationalisten, wie sich die persischen Insurgenten nennen, und den Regierungstruppen, sowie sonstigen Parteigängern des Schahs stattgefunden. Die Streitkräfte des Schahs zogen hierbei anfänglich den kürzeren, aber sie sind durch fortwährende Verstärkungen allmählich in Vorteil gekommen, so daß sie schließlich die Rebellen in Täbris belagern konnten, ohne daß sie allerdings die Stadt bislang einzunehmen vermocht hätten.

Solange nun die persische Revolutionsbewegung eine innere Angelegenheit des „Reiches des silbernen Löwen" bleibt, hat Europa keinerlei Anlaß, mit besonderer Besorgnis auf die persischen Unruhen zu blicken. Indessen kann sich die Sachlage einigermaßen leicht ändern, da inzwischen die militärische Intervention Rußlands durch die Besetzung der Stadt Täbris seitens eines russischen Truppenkorps erfolgt ist, mindestens lassen sich die Folgen und Wirkungen dieses aktiven Vorgehens Rußlands in Persien noch nicht bestimmt beurteilen. Die russische Regierung hatte für den Vormarsch ihrer Truppen auf Täbris einen ganz plausiblen Vorwand, den des Schutzes der bei den revolutionären Unruhen in Täbris bedrohten dortigen europäischen Kolonie. Aber es möchte bereits jetzt fast zu bezweifeln sein, daß die Russen nach der Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit in Täbris bald wieder abmarschieren würden. Vielmehr dürften sie versuchen, sich an diesem Punkte Persiens festzusetzen, um nach und nach ganz Nordpersien direkt unter russischen Einfluß zu bringen. Hierdurch aber können die persischen Wirren unter Umständen einen auch vom allgemeinen Standpunkte aus bedenklichen Charakter erhalten, denn es wird vermutlich den anderen in Persien mehr oder weniger interessierten europäischen Mächten nicht gleichgültig sein, wenn das russische Protektorat über einen guten Teil dieses Landes errichtet wird. Schließlich droht die russische Intervention auch zu Verwicklungen Rußlands mit der persischen Bevölkerung zu führen; soll doch in ganz Nordpersien eine erregte Stimmung wegen des Einmarsches der Russen herrschen, so daß möglicherweise die persischen Revolutionäre mit den Regierungstruppen gemeinsame Sache gegen die Russen machen. △

## Deutsches Reich.

Eine Kundgebung des Kaisers macht wieder einmal von sich reden. Diesmal handelt es sich um das Glückwunschtelegramm, welches Kaiser Wilhelm an König Ferdinand von Bulgarien anläßlich der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens sandte. In der Depesche äußert der Kaiser seine Zuversicht, daß die Regierung des Königs Ferdinand in loyaler Weise für die Sicherstellung der materiellen Interessen Deutschlands bei der Neuregelung der Orientbahnangelegenheit einstehen werde, und erklärt, daß in dieser Erwartung der deutsche Gesandte in Sofia Auftrag erhalten habe, dem König Ferdinand die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens durch die deutsche Regierung auszusprechen, woran dann der Kaiser den Ausdruck seiner Glückwünsche anschließt. In der öffentlichen Meinung Bulgariens hat nun der erste Teil dieser Kaiserdepesche lebhaften Widerspruch erfahren und merkliche Erregung hervorgerufen, so daß sich die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." veranlaßt sah, eine beschwichtigende Erklärung ob dieses neuesten Zwischenfalles loszulassen, an deren Schlusse es heißt, daß der Wortlaut des kaiserlichen Telegrammes Sr. Majestät von der zuständigen Stelle vorgeschlagen worden sei. Diese „zuständige Stelle" ist also wohl der Reichskanzler Fürst Bülow, er würde demnach die Verantwortlichkeit für die mindestens recht ungeschickte Fassung der Glückwunschdepesche seines hohen Souveräns an den bulgarischen Herrscher tragen. Denn die Anerkennung des jungen Königreiches Bulgarien seitens Deutschlands gewissermaßen vom politischen Wohlverhalten Bulgariens abhängig machen, dies mußte doch die Bulgaren verschnupfen, es wäre demnach sicher besser gewesen, wenn eben die kaiserliche Depesche an König Ferdinand nichts als den Ausdruck der Glückwünsche enthalten hätte. Vielleicht kommt diese peinliche Telegrammaffäre im weiteren Verlaufe der nachösterlichen Verhandlungen des Reichstages noch mit aufs Tapet.

Der Reichstag nahm am Dienstag seine Plenarverhandlungen nach mehrtägiger Pause mit der Weiterberatung der sozialdemokratischen Interpellation betreffs einer gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der von den Unternehmern zugunsten der Arbeiter errichteten Pensions-, Witwen- und Waisenkassen wieder auf. Im Sinne der Interpellation sprachen am Dienstag die Abgeordneten Brejski (Pole), Hengsbach (soz.), Hue (soz.) und Severing (soz.). Auch die Abgeordneten Behrens (wirtschaftl. Vereinigung) und Werner (Reformp.) wünschten, daß diese privaten Wohltätigkeitseinrichtungen einen gesetzlichen Unterbau bekämen, während Abg. Arendt (Reichsp.) ernste Bedenken gegen eine solche Maßnahme äußerte. Regierungsseitig wiederholte Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg seine schon neulich gemachten Einwände gegen die in der sozialdemokratischen Interpellation enthaltene Forderung und verlieh abermals seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß zurzeit wenigstens durch einen gesetzlichen Eingriff nichts in dieser Materie zu erreichen sei. Ein praktisches Ergebnis hat also die gesamte Interpellationsdebatte nicht gezeitigt.

In der Budgetkommission des Reichstages sprach sich Staatssekretär Sydow am Dienstag in der fortgesetzten Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage gegen den eingebrachten Kompromißantrag sämtlicher Parteien aus, durch welchen die Ausgaben für die Beamtenbesoldungs-